Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 4

Artikel: Richtlinien und Sozialdemokratie
Autor: Meierhans, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332761

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

16. JAHRGANG -- DEZEMBER 1936 -- HEFT 4

Richtlinien und Sozialdemokratie

Von Dr. Paul Meierhans.

Seit dem Abwertungsbeschluß des Bundesrates vom 26. September gibt es nur noch ein Thema, das in der innerpolitischen Diskussion fast ebenso großen Umfang wie die Abwertung beanspruchte: Die Auseinandersetzung über die »Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie«, ausgearbeitet von einem Arbeitsausschuß, bestehend aus Vertretern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Angestelltenverbände, des Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter und der schweizerischen Bauernheimatbewegung. Der Wunsch des Hauptinitianten dieser Richtlinien, daß sie im ganzen Schweizerland besprochen werden möchten, damit jeder Bürger dazu Stellung beziehen könne, ist also weitgehend in Erfüllung gegangen! Oder doch nicht? Wohl ist sehr viel Tinte verschrieben und Farbband verklopft worden, ohne daß merwürdigerweise vom Inhalt der konkreten Vorschläge stark die Rede war. Die Diskussion drehte sich bis jetzt bloß um die Einleitung zu den Richtlinien, um die »politischen Vorbedingungen«, während Ziel und einzelne Aufgaben nur ganz sporadisch Beachtung fanden. Ist das ein Zufall? Oder ist es wirklich so, daß die wenigen Sätze der Einleitung viel mehr bedeuten als das eigentliche Programm über die künftigen Linien der Wirtschafts-, Kredit- und Währungspolitik, der Finanz- und Sozialpolitik samt den politischen Postulaten des Anhangs?

Wir haben verbissene Freunde und Gegner der Richtlinien angetroffen, die keine Ahnung davon hatten, welches die Vorschläge zur Lösung der praktischen Probleme der Neuordnung unserer Wirtschaft sind, die aber genau orientiert waren über die letzten politischen Hintergedanken der Initianten.

Das erklärt sich leicht daraus, daß die Richtlinien in zwei Teile zerfallen: in Grundsätze, die als unverrückbare Grundlage für eine Neuorientierung der Politik proklamiert werden, und in eine Reihe von praktischen Vorschlägen, die von der Arbeitsgemeinschaft der grundsätzlich Zustimmenden verändert, eingeschränkt oder er-

weitert werden können. Das eine ist das Fundament, das andere der den Bedürfnissen angepaßte, auf ihm ruhende Zweckbau.

Es geht um eine Neuorientierung der Politik.

Da mag es auffallen, daß diese in erster Linie von Wirtschaftsverbänden angestrebt wird, denn von den vier Gründungspartnern sind drei ausgesprochene wirtschaftliche Organisationen, und auch der vierte gehört mindestens zur Hälfte dazu. Es zeigt sich schon darin die Tatsache, daß auch bei uns immer mehr Politik Wirtschaft, und Wirtschaft Politik bedeutet, so daß eine klare Ausscheidung der Zuständigkeitsbereiche von wirtschaftlichen und politischen Organisationen zur Unmöglichkeit geworden ist. Es gibt zwar neuestens Leute, die der Meinung sind, als Politik habe nur noch Aufstellung einer Kandidatenliste bei Wahlen zu gelten oder etwa Vorschläge zu Wahlverfahren, alles andere falle in den Bereich der Wirtschaftsorganisationen. Sie leiten daraus einen Totalitätsanspruch ab, der tatsächlich die politischen Parteien entmachtete und sie zu überflüssigen Gebilden degradierte.

Daran mögen die politischen Parteien nicht ganz unschuldig sein, wenigstens jene, die ihre eigentliche Aufgabe, die Lenkung des Staates (in der modernen Zeit also auch des Wirtschaftsstaates), vernachlässigten, oder die diese Lenkung des Staates nur noch nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben haben, ohne von einer geistigen Gesamtschau in der Erfüllung ihrer politischen Aufgaben auszugehen.

Daß die Parteien sich interessieren, wenn eine Neuordnung der Politik eingeleitet werden soll, mag nicht verwundern, so wenig wie die Tatsache, daß sie solchen Bestrebungen von Leuten außerhalb ihres »Fachs« vorsichtig und mißtrauisch gegenüberstehen. Die Parteien müssen es ja naturnotwendig als eine Anklage empfinden, daß ohne und vielleich gegen ihren Willen von außenstehender Seite eine Neuorientierung jenes Gebietes vorbereitet wird, in dem sie ihre ausschließliche Existenzberechtigung erblicken müssen.

Sofort springt ein Unterschied im Verhalten zwischen den großen und den kleinen Parteien in der Beurteilung der neuen Kombination in die Augen: Die Kleinen und Schwachen sehen in der neuen Formation eine Hilfe und Stütze zu stärkerem Wachstum, sie beeilen sich deshalb, mit dem Anschluß (Jungbauern, Demokraten, Freigeldleute, Kommunisten); die großen fürchten für ihre bisherige Stärke oder vertrauen auf ihre eigene Kraft und sind zurückhaltend. Der Freisinn schickt bloß Beobachter, Kundschafter, ohne in irgendeine Bindung einzutreten, die Katholiken lehnen vorläufig ab, und die Sozialdemokraten sagen: »Nume nid gsprängt.«

Daß aus verschiedenen Gründen die Haltung der größten Landespartei, die zufolge der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft jenen Bevölkerungsteil repräsentiert, der am meisten an einer wirklichen Neuordnung der Politik interessiert ist, von entscheidender Bedeutung sein wird, darüber herrscht nur eine Meinung.

Ueber die an die Sozialdemokraten ergangene Einladung zur Mitarbeit am Richtlinien-Programm wird an einem Parteitag beschlossen, bis zum heutigen Moment ist nichts entschieden, wohl aber die Diskussion über Zustimmung oder Nichtzustimmung eingeleitet.

Können wir mitmachen?

Das Ziel und die einzelnen Aufgaben des Programms, um das vorauszunehmen, erwecken in unseren Kreisen keinen Widerstand, sondern begegnen höchstens dem Einwand, zu wenig radikal, zu sehr mit Rücksichten auf kleinbürgerliche Schichten beladen zu sein. Wer aber die Verhältnisse in der Schweiz einigermaßen kennt, wird bekennen müssen, daß die Verwirklichung der aufgestellten Postulate ein Maximum des überhaupt Erreichbaren darstellen, ja daß die Schweiz in ihrem Ausbau der sozialen Demokratie einen großen Schritt vorwärts getan hätte, wenn auch nur die Hälfte der wirtschafts-, sozialen und finanzpolitischen Forderungen in absehbarer Zeit verwirklicht würden.

Natürlich ist das kein Sozialismus, der hier postuliert ist; aber es ist beste Sozialpolitik, wie sie die Sozialdemokratie seit Jahr und Tag in den Gemeinden, Kantonen und im Bund betreibt. Niemand wird verhindert, noch weitergehende Pläne zu verfechten, niemand unter uns wird im Zweifel sein, daß eine totale planwirtschaftliche Politik das gesteckte Ziel viel rascher erreichte. Aber dazu brauchten wir die Mehrheit des Volkes und der Stände, eine Mehrheit, die nicht vorhanden und in nächster Zeit auch nicht ohne weiteres zu erwarten ist. Der Notleidende braucht aber unmittelbare Hilfe. Er kann nicht warten. Deshalb ist die Ueberwindung der Krise mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auf dem gangbaren Wege die unmittelbare Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können mit dem Hinweis, der Sozialismus habe eine bessere Lösung, wobei wir erkennen müssen, daß diese bessere Lösung noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, während das Elend der Notleidenden eine sofortige Abhilfe erforderte. Wenn wir die Auffassung haben, daß die hier vorgeschlagenen Wege zu einer Milderung der Krise führen werden, so haben wir diesen Weg entschlossen und ohne Rückhalt zu betreten, unbeschadet unserer innern Ueberzeugung, daß die wahrhaft durchgreifende und dauerhafte Lösung nur in der Ueberwindung des Kapitalismus, in der Verwirklichung des Sozialismus bestehen kann.

Politik besteht in der Kunst, das Erreichbare zu verwirklichen, ohne das Ideal und den Kampf für dieses Ideal preiszugeben. In der Demokratie besteht das politische Leben aus Kompromissen, die nur dann anrüchig sind, wenn sie in Kuhhändel ausarten, bei denen nur noch der unmittelbare Vorteil gilt, gleichgültig, wie er erreicht und gleichgültig, ob damit auch die Preisgabe des Ideals verbunden ist. Für totale Lösungen ist sicher die Diktatur geeigneter. Aber totale Lösungen bedeuten gleichzeitig auch die Vernichtung der Freiheiten und damit den Untergang des höhern Gutes zugunsten eines niedern, wobei dann häufig auch das niedere erst recht gefährdet wird.

Der Aufgabenkreis der Richtlinien-Bewegung steht noch zur Diskussion. Gerade wenn wir erreichen wollten, daß er in unserem Sinne noch erweitert würde, dürfen wir nicht abseits stehen. Auch da gilt das Wort: »Les absents ont tort!« Darum müssen gerade jene, denen die Postulate zu wenig weit gehen, dafür eintreten, daß wir mitmachen und damit auch mitbestimmen.

Die politischen Vorbedingungen.

Dem Programm sind Grundsätze vorausgeschickt und hier, und nicht in den einzelnen Postulaten zur Wirtschafts- und Finanzpolitik organisiert sich der Widerstand gegen eine Zustimmung:

»Folgende Grundsätze müssen die unverrückbare Grundlage bilden für eine Neuorientierung der Politik, zu der sich alle Verbände, Parteien und Gruppen, die im Rahmen dieses Programms mitarbeiten wollen, bekennen müssen:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Ueberzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.«

Die vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie.

In früheren Zeiten, besonders in der Hochblüte des Kapitalismus, der die formale Demokratie mit der sozialen Despotie verband, als die Arbeitenden selbst unter dem Drucke der Herrschenden noch gar keinen rechten Gebrauch von der Demokratie als Mittel ihrer Befreiung machen konnten, mag man diese Demokratie geringgeschätzt, ja verachtet haben. Das ganz besonders, weil die Ausbeutung unter ihrem Deckmantel einen nicht weniger hohen Grad erreichte als unter anderen Staatsformen.

Heute ist die Erkenntnis in unsern Reihen Allgemeingut, daß die Demokratie das Instrument der Befreiung sein kann, sofern man von diesem Mittel einen zweckmäßigen Gebrauch macht. Die Arbeiterschaft hat in unzähligen Kämpfen dieses Instrument geschliffen, so daß jetzt jene davon abkommen, die es ursprünglich geschaffen. Aus einer Institution der liberalen Wirtschaft der Ausbeutung und Knechtung wandelt es sich in eine der sozialen Befreiung. Dieser innere Funktionswandel der vorerst bloß formalen Demokratie, der sich in den letzten fünfzig Jahren vollzieht und noch lange nicht zum Abschluß gekommen ist (gerade heute unterbrochen durch eine Welle der Reaktion), bildet das Wesen der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe.

Auf dem Luzerner Parteitag hat die schweizerische Sozialdemokratische Partei die letzten Reste der frühern Auffassung abgestreift, das heißt in ihren Statuten etwas legalisiert, was lange vorher praktisch vorhanden und bloß noch theoretisch bestritten war: Die Anerkennung der Demokratie als ausschließlichen Kampfboden für eine Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in unserem Lande.

»Die Grundlage der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist die Demokratie.« Kein Wort mehr von der Diktatur des Proletariats, von jenem Schlagwort, das nur dem Bürgertum genützt, aber nie inneres Ueberzeugungsgut in den Parteimassen war.

Anerkennen wir die Demokratie vorbehaltlos? Was heißt vorbehaltlos? Hat das etwa den Sinn, daß an der heutigen Form, am Inhalt nichts mehr geändert werden darf, daß, wie die Schweiz jetzt ist, sie konserviert, mumifiziert oder petrifiziert werden soll? Genosse Dr. Max Weber, der eigentliche Schöpfer der Richtlinien, antwortet darauf:

»Daß die Demokratie in ihrer heutigen Form nicht als unveränderlich anerkannt wird von den Kreisen, die die Richtlinien aufgestellt haben, geht schon daraus hervor, daß in den Richtlinien selbst weitreichende Vorschläge für die Umgestaltung unserer Demokratie enthalten sind.« Als einzigen Sinn der Vorbehaltlosigkeit bezeichnet er, »daß man eintrete für die Demokratie und für demokratische Methoden bei der Weiterentwicklung unseres Staatswesens, gleichgültig, ob man bei der Minderheit oder Mehrheit ist«.

So vorbehaltlos wie das Bürgertum hat die Arbeiterschaft noch immer die Demokratie anerkannt, und jene, die in den letzten Tagen, um einige Sessel zu retten, sich mit den ärgsten Feinden der Demokratie verbündeten (in Genf bei den Staatsratswahlen, in Schaffhausen bei den Stadtschulratswahlen), haben ganz und gar keinen Anlaß, Fragen über unsere demokratische Zuverlässigkeit zu stellen.

Wie sind die entschiedensten Gegner jeder gewaltmäßigen Auseinandersetzung. Sie ist für uns nicht nötig, da wir unsere Kraft aus den Volksmassen schöpfen und nicht aus einer Minderheit, die ihre Privilegien nur halten kann, wenn diese Minderheit über die Gewaltmittel zur Unterdrückung der Mehrheit verfügt und sie entsprechend anwendet. Daß eine Mehrheit ihren Willen gegen eine rebellierende Minderheit (die in keiner Weise unterdrückt oder um ihre Menschen- und Freiheitsrechte betrogen ist), durchsetzt und eventuell auf gewaltmäßigen Widerstand auch mit Gewalt antwortet, ist ganz selbstverständlich. Aber niemals hat die Sozialdemokratie ihr Ideal oder gar ihre Hoffnungen auf die Gewalt gesetzt. Wenn wir uns deshalb vorbehaltlos zur Demokratie bekennen, so bedeutet das keine Abkehr von bisherigen Anschauungen, sondern die Bestätigung unseres bisherigen besten Hoffens über die Kampfformen zur Erringung einer besseren Zukunft.

Die Anerkennung der militärischen Landesverteidigung.

Auch hier befinden wir uns in keinem Gegensatz zu den Richtlinien. Der Luzerner Parteitag hat die grundsätzliche Zustimmung zur militärischen Landesverteidigung gebracht, wenn auch in einer Form, die nicht überall verstanden wurde, die Anlaß gab zu Mißdeutungen im Bürgertum wie zu Kontroversen in den eigenen Reihen. Die große Diskussion vor dem Luzerner Parteitag wäre ja sinnlos gewesen, wenn es sich damals nicht wirklich um eine Neuorientierung zur Frage der Landesverteidigung gehandelt hätte, so sinnlos wie das nachherige Ausscheiden der unentwegten religiösen Pazifisten aus unserer Partei. Richtig ist, daß die Partei zwei militärische Vorlagen bekämpft hat: Die Verlängerung der Dauer der Rekrutenschule und die neuen Wehrkredite. Daneben wird allerdings übersehen, vor allem vom böswilligen Gegner, der aus parteipolitischen Gründen das Motiv von den »vaterlandslosen Gesellen« weiterpflegen möchte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung das Militärbudget in den letzten Jahren nicht mehr bekämpft und vor einigen Monaten die neue Truppenordnung angenommen hat, die in ihrer militärpolitischen Bedeutung weit über die andern Vorlagen hinausgeht, wenn auch nicht soviel Lärm um sie herum entstand. Die Anerkennung der militärischen Landesverteidigung kann niemals den Sinn haben, daß das Parlament oder das Volk wort- und kritiklos vor den Vorschlägen des Militärdepartements abdankt oder jeden Widerstand gegen diese praktischen Vorschläge gleich als Verneinung der Landsverteidigung werten läßt. Das Militärdepartement hat sich, wie die übrigen Verwaltungszweige, eine nähere Prüfung seiner Anträge gefallen zu lassen, durch das Parlament wie durch das Volk. Daß übrigens der verneinende Entscheid des Zürcher Parteitages über die Wehrkredite nur zustande kam, weil das Vertrauen in den Bundesrat fehlte und nicht aus dem Willen, die militärische Landesverteidigung grundsätzlich abzulehnen, ist auch jenen bekannt, die daraus einen ganz besondern Prellbock gegen uns zu zimmern unternahmen. Wir nehmen nicht mit Freuden an der Aufrüstung teil, sind weder militaristisch noch nationalistisch geworden; aber die Erkenntnis mußte durchdringen und ist auch durchgedrungen: Gegen die Gefahren von außen bildet nach dem Versagen des Völkerbundes und der Idee der kollektiven Sicherheit die militärische Bereitschaft einen Bestandteil der Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Die praktischen Folgerungen aus dieser Einsicht sind zum Teil bereits gezogen worden, wie oben angeführt ist.

Die Achtung der religiösen Ueberzeugung (worunter selbstverständlich auch die Toleranz gegen Freidenker und die Vermeidung jedes Zwanges zu religiösen Bekenntnissen gehört), wird in unserer Partei nicht als eine Verpflichtung, sondern auch als eine Selbstverständlichkeit empfunden. Möchte das überall so sein, selbst unter den Gründern der Richtlinien-Bewegung!

Preisgabe des Sozialismus?

In unsern Reihen ist der Einwand erhoben worden, die Zustimmung zu den Richtlinien sei mit der Preisgabe des Sozialismus, mit dem Aufgehen in einer rein reformistischen Bewegung verbunden, einer Abkehr von allem, was nach Sozialismus und Marxismus aussieht. Dem wäre so, wenn jene, die mitarbeiten wollen, das Aktionsprogramm als ihr Parteiprogramm akzeptieren müßten, wenn die Fortexistenz unserer besondern politischen Konzeption und unserer weltanschaulichen Auffassung als unvereinbar erklärt würde mit unserer Zugehörigkeit zur Richtlinien-Bewegung. Oder wenn wir uns freiwillig in diesen Richtlinien erschöpfen und freiwillig darauf verzichteten, neben der Reform- und Sozialpolitik im heute möglichen Rahmen unser höheres Ziel zu verfolgen und zu propagieren. Meines Erachtens hängt es von uns ab und von unserer Energie und unserem Willen, ob ein Zusammengehen mit der Richtlinien-Bewegung jene katastrophalen Folgen hat oder nicht, von denen die Rede ist in unserer parteinternen Diskussion. Streiten wir nicht um Worte, um Schlagworte. Ueber diesen steht das Leben, was wir tun, was wir unterlassen.

Gewissen Leuten im Bürgertum wollen wir aber beifügen: Sie irren sich, wenn sie hoffen, über den Weg dieser Zusammenarbeit verschiedener Gruppen etwa eine Vormundschaft über unsere Partei ausüben zu können, uns Vorschriften machen zu können, wen wir zu behalten oder abzustoßen hätten. Es ist nicht unsere Absicht, den andern Gruppen in ihre internen Verhältnisse hineinzuregieren, aber wir lassen uns anderseits in keiner Art und Weise unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit über das hinaus beschränken, was mit unserer Zustimmung zu den Grundsätzen und den Verpflichtungen aus dem Aktionsprogramm verbunden ist. Wir kommen weder als Bettler noch als Diktatoren. Wen wir dabei sind, so als Gleichberechtigte in jeder Beziehung. Es liegt uns fern, etwa ein Sündenbekenntnis als Eintrittsopfergabe darzubringen; wir verlangen auch nichts derartiges von den andern. Den Absichten, wie sie vielleicht da und dort im stillen politischen Herzenskämmerlein sorgfältig gehegt und gepflegt werden, auf unsere Kosten eine große Mittelpartei zu gründen, uns zu einer reformerischen bürgerlichen Gruppe zu machen, oder wenigstens aus unserer Haut die Riemen zu so etwas zu schneiden, stehen wir mit größter Wachsamkeit und dem entschlossensten Abwehrwillen gegenüber. Wir wollen mitarbeiten, aber nicht untergehen. Die Schweiz, wenn sie ihre formale Demokratie weiterbilden will zur sozialen, hat uns nötig, genau wie wir die demokratische Schweiz nötig haben, um dem Ziele einer bessern Zuknuft entgegenstreben zu können.